

äußerer Differenzierung arbeiten und dabei in der Regel in höheren Klassenstufen und bei bestimmten Fächern, nicht flächendeckend.

Und ein wesentlicher positiver Aspekt, der die großartige Arbeit der STS deutlich macht, ist die Quote der Schüler*innen, die trotz ihrer fehlenden Gymnasialempfehlung – also der Voraussage in Klasse 4, sie würden es nicht schaffen, eine Hochschulreife zu erlangen – enorm hoch ist. Ähnlich wie in den Jahren zuvor hatten im letzten Schuljahr 83 % der Abiturient*innen keine Gymnasialempfehlung in Klasse 5. Und das, obwohl wir in den Klassen 7 und 10 einen größeren Zustrom von Gymnasialschüler*innen vorfinden. Neben den Abschlüssen ein Indiz, dass zur Oberstufe einige Schüler*innen sich nicht den Stress des Turboabiturs antun wollen.

Angesichts der großen Aufgaben, die die STS zu bewältigen haben, sind ihre Leistungen ein voller Erfolg. Auch daher haben wir gefordert, die Gymnasien in den Stand zu setzen, alle Schüler*innen zu behalten und die STS zur Regelschule in Hamburg zu machen.

SABINE BOEDDINGHAUS,
Co-Fraktionsvorsitzende DIE LINKE
in der Hamburgischen Bürgerschaft,
Fachsprecherin für Schule, Bildung,
Jugend und Familie und

DR. HANNO PLASS, persönlicher Mitarbeiter und
wissenschaftlicher Referent von Sabine Boeddinghaus

Quelle: BÜRGER:INNENBRIEF vom 17.05.2022

¹ RISE ist das Akronym von *Rahmenprogramm Integrierte Stadtentwicklung*, das die kleinräumliche Sozialstruktur von Hamburger Stadtteilen und Quartieren im Rahmen des Sozialmonitoring erhebt.

»Bildungspolitik ist Klassenpolitik«

Interview mit Sabine Boeddinghaus (DIE LINKE)
über die Große Anfrage »Zur Lage der Stadtteilschulen«

Was gab den Anstoß für die von euch auf den Weg gebrachte Große Anfrage »Zur Lage der Stadtteilschulen«? Diese Große Anfrage ist bereits die zweite zur Lage der Stadtteilschule und wird sicher nicht die letzte sein, weil uns als Fraktion, die wir nachdrücklich für eine Schule für Alle eintreten, die Lage der Stadtteilschule besonders am Herzen liegt. Sie möchte unter dem Dach des sogenannten Zwei-Säulen-Modells als zweite Säule neben dem Gymnasium eine Schule sein, die alle Kinder und Jugendlichen willkommen heißt – ist aber gleichzeitig und in unmittelbarer Konkurrenz zum Gymnasium strukturell »benachteiligt«. Die Anführungszeichen stehen dafür, dass die Vielfalt ihrer Schüler*innenschaft natürlich kein Nachteil ist, aber der pädagogische Auftrag und die Verantwortung, ihr gerecht zu werden, sind ungleich höher als im (Nachbar-)Gymnasium.

Worauf zielte die Anfrage, welche Daten sollten transparent gemacht werden? DIE LINKE hat sowohl den ersten »Schulfrieden« im Jahr 2010 als auch den zweiten »Schulstrukturfrieden« im Jahr 2020 abgelehnt, weil von Anfang an klar war und die damalige Annahme und Vermutung sich schnell

bewahrheiten sollte, dass nämlich die soziale Segregation zwischen den beiden Schulformen erheblich ist und eine krasse soziale Ungerechtigkeit dadurch entstanden ist.

Daher ist es uns wichtig, fortlaufend die Sozialdaten zu erheben. Dabei haben wir gefragt nach der Inklusionsquote, nach der Anzahl der geflüchteten Kinder und Jugendlichen, die in die Regelklassen gehen, nach der Quote der Förderberechtigten vom Bildungs- und Teilhabepaket, von Sprach- und Lernförderung und der Quote derjenigen, die mit ihren Eltern im Sozialleistungsbezug leben. Ebenso erfragen wir die Elternentscheidung beim Übertritt von Klasse 4 nach Klasse 5 gemäß der Schullaufbahneempfehlung für ihre Kinder. Und da ein Parameter für Leistungsbemessung der erreichte Abschluss ist, haben wir die Abschlüsse in Höhe und Umfang abgefragt, insbesondere vor dem Hintergrund der jeweiligen Prognosen der Schüler*innen. Die erbrachten Leistungen beziehen sich dabei sowohl auf die der jungen Menschen, aber auch auf die pädagogische Arbeit der Lehrkräfte und ihr großartiges Engagement in der individuellen Förderung ihrer Schüler*innen.

Gibt es Ergebnisse der Großen Anfrage, die euch überrascht haben? Die Ergebnisse zeigen in aller Eindringlichkeit, wie scharf die soziale Schere zwischen den beiden ›Säulen‹ Stadtteilschule und Gymnasium aufgegangen ist: So haben 60,4 % der Schüler*innen an Stadtteilschulen Migrationshintergrund – 30 % von ihnen kommen aus Wohngebieten mit niedrigem oder sehr niedrigem RISE-Status, an den Gymnasien sind das dagegen nur 10,5 %. Wenn wir uns die Sonderpädagogische Förderung nach § 12 anschauen, wird diese von 8 % der Stadtteilschul-Schüler*innen benötigt, an den Gymnasien entfällt sie auf geringe 0,8 %. Ähnlich sieht es bei Sprach- und Lernförderung aus: 14,5 % der Schüler*innen an den Stadtteilschulen erhalten Sprachförderung nach § 45, bei den Gymnasialschüler*innen sind es 5 %. Lernförderung nach § 45 wird an den Stadtteilschulen von 14,28 % der Schüler*innen bezogen, an den Gymnasien ist die Zahl mit 6,45 % weniger als halb so groß.

Oder schauen wir uns die Zahlen zur Integration an, am Beispiel der Internationalen Vorbereitungsklassen (IVK): Gibt es an Gymnasien 45, sind es an den Stadtteilschulen 75! Interessant ist auch, dass im letzten Schuljahr nur 5,1 % der Fünftklässler*innen mit Gymnasialempfehlung an einer Stadtteilschule waren.

Das Argument, die Stadtteilschulen hätten durch ihr zusätzliches Lernjahr (G9) auch gute Chancen bei den sogenannten ›bildungsaffinen‹ Eltern, zieht leider nicht, zumal das Schulgesetz auf Drängen der CDU den Wechsel nach der Sekundarstufe I vom Gymnasium in die Sekundarstufe II an einer Stadtteilschule zulässt und regelt. Diese Option wird auch rege genutzt. Wir sehen in dieser Schulphase ein deutliches Ansteigen der Anzahl von Schüler*innen mit Gymnasialempfehlung an den Stadtteilschulen: von 8,3 % in Klasse 10 auf 16,9 % in Klasse 12 im letzten Schuljahr.

Und umgekehrt ist ebenso geregelt, dass Schüler*innen, die nach Klasse 6 des Gymnasiums nicht die richtigen Zensuren vorweisen können, an die Stadtteilschule wechseln müssen. Das betraf pro Schuljahr stets so an die 1000 jungen Menschen. Während Corona sank diese Zahl erheblich.

Das zeigt, dass es auch anders geht – man muss es nur wollen!

Vor diesem Hintergrund überrascht und beeindruckt mich immer wieder, in welcher Zahl es die Lehrkräfte an den Stadtteilschulen vermögen, die ihnen anvertrauten jungen Menschen auch zum höchstmöglichen Abschluss zu führen. Chapeau!

Gerade die Zahlen zu den Abitur-Abschlussquoten legen ja nun erst einmal die Folgerung nahe, dass an den Stadtteilschulen alles wunderbar funktioniert – dass sie leisten, was sie sollen, nämlich schulische (Re-)Integration und gesellschaftliche Inklusion... warum ist das so einfach gedacht? Es gibt ein enorm hohes und ebenso erfolgreiches Engagement vieler Lehrkräfte an den Stadtteilschulen – dieses allein vermag aber nicht, die im Zwei-Säulen-Modell strukturell angelegte soziale Ungerechtigkeit zu kompensieren, geschweige denn abzumildern. Im Hamburger Bildungssystem wirkt die Lehrerarbeitszeitverordnung – die gründlich überarbeitet werden muss – beengend für die Entwicklung von qualitativem

Unterricht. Abgesehen davon, dass dafür auch eine gute und gerechte Sozial-, Arbeitsmarkt- und Stadtteilentwicklungspolitik in die Verantwortung genommen werden müssten, zeigen die Ergebnisse, dass sich die soziale Spaltung der Stadt oder der Stadtteile in unserem Schulsystem widerspiegelt. Auch wenn die Stadtteilschulen erheblich mehr Ressourcen für ihre pädagogische Arbeit erhalten, ändern sie und mit ihnen weitere additive Förderpro-

gramme nichts an der sozialen Trennung unserer Kinder und Jugendlichen. So bescheinigt uns jede Bildungsstudie seit 2000 bis heute die enge Kopplung von Bildungserfolg und sozialer Herkunft! Bildungspolitik ist Klassenpolitik, im wahrsten Sinne des Wortes!

Spricht man mit Kolleg*innen über die gegenwärtige ›Lage‹ an den Stadtteilschulen wird deutlich: Sie ist verheerend. Die Pädagog*innen sind am Limit ihrer Kräfte, wenn nicht gar schon darüber hinaus, es fehlt an personellen, aber auch materiellen Ressourcen, und an Zeit – das von dir gerade genannte Hamburger Arbeitszeitmodell bildet ja viele ihrer zeitintensiven Tätigkeiten nicht ab. Die dadurch entstehenden Probleme müssen individuell aufgefangen wer-

...die Ergebnisse zeigen, dass sich die soziale Spaltung der Stadt oder der Stadtteile in unserem Schulsystem widerspiegelt.

den, anstatt dass sie politisch bearbeitet werden – Problematisierungen der Situation und Kritik werden vom Senat und der BSB hartnäckig ignoriert. Warum wird hier nicht reagiert? Was ist da los? Gute Frage! Ich erinnere mich noch sehr gut daran, als der Brandbrief der Stadtteilschulen vom Juni 2016 Thema in der *Aktuellen Stunde* der Bürgerschaft war und der zuständige Senator das Kunststück vollbrachte, in seinem Redebeitrag dazu kein einziges Wort zu verlieren! Neben einer völligen Missachtung der dringlich vorgetragenen Probleme und Vorschläge zeigt mir dieses Verhalten eines: Das Zwei-Säulen-Modell ist eine rein politische Konstruktion, pädagogische Argumente dafür gibt es weit und breit nicht. Und ich teile auch nicht die Meinung, dass eine alleinige Reduktion der

›Säuligkeit‹ irgendwann und automatisch in die Einsäuligkeit münden wird. Davor stehen zum einen Vorbehalte in den Reihen der Sozialdemokratie selbst, aber umso mehr der Geist Walter Scheuerls, der sogleich beschworen wird, wenn sich eine bildungspolitische Debatte in die Richtung ›Eine Schule für Alle‹ entwickelt. Leider haben sich die Grünen schon längst von Christa Goetschs Schulkonzept ›Neun-macht-klug‹¹ distanziert und behaupten allen Ernstes, das Zwei-Säulen-Modell wäre ein Erfolgsmodell!

Was ist Deiner Ansicht nach zu tun? Kurz- und mittelfristig brauchen die Stadtteilschulen aus meiner Sicht und dem, was ich aus den Schulen selbst höre, eine gesicherte Doppelbesetzung, multiprofessionelle Teams, eine verlässliche Schulbegleitung und eine Unterrichtsentlastung für die Lehrkräfte im Rahmen des Lehrerarbeitszeitmodells. Stadtteilschulen in wirtschaftlich schwachen Lagen brauchen zudem besondere Anreize für Personal. Hier ist der Lehrermangel ja durchaus schon spürbar. Multiprofessionelle Teams zu stärken könnte auch heißen, an allen Schulen Gesundheitsfachkräfte einzustellen, Schulbegleitungen mit tariflicher Bezahlung an den Schulen anzustellen und die Schulsozialarbeit systematisch breiter aufzustellen. Und für die Zusammenarbeit und Koordination der Professionen Zeit und Menschen bereitzustellen. Das würde hinsichtlich der vielfältigen Herausfor-

derungen meiner Ansicht nach großes Entlastungspotential in sich tragen.

Müsste das nicht auch einen anderen Umgang mit den spezifischen pädagogischen Anforderungen der Stadtteilschule beinhalten? Unsere

Antwort auf das derzeitige sozial ausgrenzende und ungerechte Schulsystem ist unser Entwurf für ein inklusives Schulgesetz. Ich durfte das in der hlz (9-10/2020, 32-35) bereits schon einmal vorstellen und betone nochmal: Inklusion ohne Abschulen, Stigmatisierung und Beschämung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die gelingen MUSS und der sich ALLE Schulen stellen müssen. Der Auftrag, der sich sowohl aus der UN-Behindertenrechts- als auch der Kinderrechtskonvention ergibt, heißt für mich: Schafft

Voraussetzungen, Rahmenbedingungen und Gelingensbedingungen für eine demokratische und inklusive Schule, die die Rechte und Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen zum Maßstab des pädagogischen Handelns macht und hört auf, ein rein politisch gewolltes System mit allen Mitteln zu stabilisieren, auch auf Kosten der Gesundheit vieler Schüler*innen und ihrer Lehrkräfte.

Warum ist es so schwierig, das politisch durch- und umzusetzen? Bildungspolitik ist für die SPD kein Gewinnerthema, leider! Und für andere gilt das Lied von Degenhardt: Spiel nicht mit den Schmutzkindern!

Mein Zugang für eine qualitativ ernstzunehmende Bildungspolitik sind der inklusive Auftrag, die Menschenwürde und die Kinderrechte. Und ich setze dabei auf Überzeugungskraft und die vielen Engagierten, die längst erkannt haben, dass wir eine Transformation in unserem Bildungs- und Schulsystem brauchen. Das zeigt sich für mich im Übrigen auch in der substanziell breit getragenen Kritik an den Bildungsplanentwürfen der BSB.

Ich möchte an dieser Stelle auch betonen, dass ich die im 2-Säulen-Modell angelegte Konkurrenz zwischen den Schulen, nicht nur innerhalb einer Schulform, für Gift und einen Hemmschuh für eine gemeinsam entwickelte Schul- und Unterrichtsent-

wicklung halte. Auch wenn ich das 2-Säulen-Modell auf's Schärfste kritisiere, so übertrage ich diese Kritik mitnichten auf die Schulen beziehungsweise Schulformen selbst. Ich nehme mit Freude und Respekt wahr, dass auch Gymnasien sich zu Wort melden und zum Beispiel einen neuen Bildungsbegriff und auch mehr Verantwortungsübernahme für die Umsetzung der Inklusion einfordern. Das macht mir Mut, so dass ich darauf setze, dass die Wirklichkeit die Politik überzeugen wird!

Wenn wir den Blick noch einmal auf die politischen Nahziele richten, auf die (Folge-)Belastungen durch Corona und die aktuellen Belastungen durch die Inflation und erhöhten Gas- und Energiepreise, was wäre Eurer Ansicht nach jetzt zur Entlastung der Kolleg*innen und Schüler*innen politisch einzufordern? Die Beschlussfassung des Doppelhaushaltes für die Jahre 2023/24 steht ja Mitte Dezember an. In Vorbereitung unserer Zusatzanträge haben wir mehrere Schwerpunkte im Schulbereich gesetzt. Die Schulschließungen, die soziale Isolation, aber auch die Sorgen und Ängste, denen viele junge Menschen in der Pandemie ausgesetzt waren, haben zum einem zu Lerneinbrüchen, zum anderen zu nachhaltigen psychischen Belastungssituationen geführt. Das Bundesprogramm ›Aufholen nach Corona‹ hat zur Abmilderung dieser Folgen zeitlich begrenzt den Ländern zusätzliche Ressourcen zur Verfügung gestellt, die aber in ihrem additiven Charakter keine anhaltende Wirksamkeit entfalten können. Wir fordern vom Senat, dass die Schulen die entsprechenden Ressourcen nun aus Landesmitteln erhalten und sie in inklusiv strukturell verankerte Unterstützungsprogramme investieren können.

Aufgrund der angespannten Lage in den Schulen, die nicht nur die Schüler*innen betrifft, sondern ebenfalls die Pädagog*innen fordert, brauchen alle Beteiligten schlicht und ergreifend mehr Zeit. Zwei unteilbare A-Zeiten mehr für jede Lehrkraft und entsprechend für die anderen pädagogischen Fachkräfte in Schulen eröffnen ihnen zusätzliche Möglichkeiten, den stets anwachsenden sozialen Aufgaben angemessener zu begegnen.

Ähnliches gilt für die desolante Realisierung der Schulbegleitung! Hier wird das Recht auf Bildung von Kindern mit besonderem Unterstützungsbedarf tagtäglich missachtet und die BSB spricht stoisch von Einzelfällen. Nun läuft eine von Engagierten der Initiative ›Gute Inklusion‹ erstrittene Evaluation des derzeitigen Modells der Schulbegleitung, auf deren Ergebnis die Betroffenen aber nicht warten können. So brauchen die Schulen kurzfristig mehr Geld, um die Schulbegleiter*innen tariflich zu bezahlen, sie zu qualifizieren und der Senat muss dafür Sorge tragen, dass ausreichende Schulbegleitungskräfte zur Verfügung stehen.

Das Zwei-Säulen-Modell ist eine rein politische Konstruktion, pädagogische Argumente dafür gibt es weit und breit nicht.

Angesichts der explodierenden Energie- und Lebenshaltungskosten haben wir in einem Bürgerchaftsantrag den Senat gebeten, den Schulen zusätzliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen, damit Klassenreisen, Ausflüge und andere außerschulische Aktionen weiterhin allen Kindern ermöglicht werden können. Leider von Rot Grün abgelehnt. Wir hören aus vielen Schulen die große Sorge, dass sich viele Familien diese so wichtigen Erlebnisse für ihre Kinder nicht mehr leisten können.

Schulische Bildung wird leider mit wenig Phantasie als Sparmodell behandelt.

Interview: HLZ (AG)

Die Große Anfrage »Zur Lage der Stadtteilschulen« (Drucksache 22/7342) findet sich hier: https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/78904/zur_lage_der_stadteilschulen_in_hamburg.

¹ ›9 macht klug‹ war das Motto, unter dem sich die grünen Fraktionen aus Hamburg, Bremen, Niedersachsen, und Schleswig-Holstein Anfang der 2000er Jahre für eine grundlegende Schulreform nach dem Modell des Finnischen Schulsystems einsetzten, die u. a. eine Gemeinschaftsschule bis zur 9. Klasse vorsah: <https://www.fraktion.gruene-niedersachsen.de/presse/pressemeldungen/artikel/9-macht-klug-im-norden-gruene-wollen-eine-neunjaehrige-schule-fuer-alle.html>.